

Erscheint täglich samstags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk., halbjährlich 3,00 Mk., jährlich 6,00 Mk. Durch die Post bezogen 1,50 Mk. zu Post bezogen 1,60 Mk. zu Post bezogen 1,60 Mk. zu Post bezogen 1,60 Mk.

Die Preisliste (Anzeigensätze) wird bei der Redaktion abgegeben, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pf.

Stephan Nr. 1047.
Telegraphisch: 1047.
Telegraphisch: 1047.
Telegraphisch: 1047.

Wahlparolen

Insertionsgebühren für die erste Zeile 20 Pfennig, für die zweite Zeile 10 Pfennig, für die dritte Zeile 5 Pfennig, für die vierte Zeile 3 Pfennig, für die fünfte Zeile 2 Pfennig, für die sechste Zeile 1 Pfennig, für die siebente Zeile 1 Pfennig, für die achte Zeile 1 Pfennig, für die neunte Zeile 1 Pfennig, für die zehnte Zeile 1 Pfennig.

Insertate für die ersten 10 Zeilen 20 Pfennig, für die übrigen 10 Pfennig, für die übrigen 5 Pfennig, für die übrigen 3 Pfennig, für die übrigen 2 Pfennig, für die übrigen 1 Pfennig.

Einlagen in die Druckerei 10 Pfennig.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Saalkreis-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Barz 42/43. Redaktion: Barz 42/43.

Wahlparolen.

Die Regierung ärgert und hebt in Wahlparolen und stellt bereits das rührende Beispiel des blutigsten Volksgesetzes. Sie wimmert nach einer Wahlparole für die nächsten Reichstagswahlen und kann doch keine finden. Herr die Not ist groß!

Da kommt die Frankfurter Zeitung mit Informationen, die ihr von unrichtiger Seite zugehen. Sie besagen, daß der besagte Herr Weismann entschlossen sei, den „Schutz der Schutzpolizei“ als allgemeine Sammelparole auszugeben. Diese großartige Parole, die in den Zeiten der Reichsnot und Lebensmittelknappheit gerade noch gefehlt hat, will aber Herr Weismann nicht anerkennen. Er läßt wenigstens in der „Hf. Zg.“ erklären, daß er bisher überhaupt noch keine Wahlparole ausgegeben habe. Gut, aber was bleibt den Wahlhabern denn anderes übrig? 1913 laufen die meisten und wichtigsten Landesverträge ab, weshalb der kommende Reichstag unsere Verhältnisse neu zu regeln hat. Da ist es selbstverständlich, daß das Volk nicht die Aufrechterhaltung, sondern die Abschaffung der widerlichen Ausbesserungspolitik zur Wahlparole machen wird. Trotz der Ablehnung ist es wichtig genug, die Mitteilungen der Frankfurter Zeitung festzuhalten. Sie lauten:

„Hat die Regierung eine Wahlparole? — Wirklich beantwortet ist die Frage bisher nicht. Man hat nur allerlei Vermutungen ausgesprochen, da natürlich anzunehmen ist, daß die Regierung sich nicht ganz hilflos von den brandenden Wogen der im Reich herrschenden politischen Stimmung treiben lassen will. Und das will sie in der Tat nicht. Der Reichstagsler hat sogar die Ansicht, diese Stimmung zu wehren. Er zitiert die Regierung zu lesen, und er ist sehr davon überzeugt, daß ihm dieses schwere Werk gütlich gelingen wird. Er bittet die Arbeiter, sich nicht für den flüchtigen Koffer in der Brandung. In vertrauten politischen Kreisen hat er vor einiger Zeit über seine Wahlparole gesprochen, die allerdings einiges Erstaunen hervorgerufen hat.“

Die Wahlparole des Reichstagslers, wie sie dieser jüngst in einem Gespräch barlagte, läßt sich durch einige Worte ausdrücken. Er will im Grunde abermals die alte Schamlei von der gefährdeten nationalen Arbeit blasen. Seine Ansicht ist es, „alle politisch schaffenden Stände“ unter dem Kampfruf: „Unsere Schutzpolizei ist bedroht“ zu sammeln. Unter „politisch schaffenden Ständen“ wird die Landwirtschaft, die Gewerbe und Handarbeit, die Industrie und auch wohl die Arbeiter verstanden. Der Reichstagsler heißt augenscheinlich, daß diese glorreiche Parole wie ein Sprengpfeil besonders auf die nationalliberale Partei wirken wird. Auch verspricht man sich von ihr in Beziehung auf das Verhältnis der liberalen Parteien zu einander Wunderdinge. Da die wirtschaftspolitischen Anschauungen mehrfach auseinandergehen, so hofft der Reichstagsler augenscheinlich mit seinem Aufruf, daß unserer „nationalen Arbeit“, daß den Schutzpolizei Gefahr droht, einen Ersäufel unter sie zu werfen. Sicher hofft er, ihren gefährdeten Zusammenstoß bei den Wahlen zu verhindern und die Nationalliberalen in den Kreis des schwarz-blauen Todes zu ziehen. Ihre politische Mitarbeit in diesem Kreise wird wahrscheinlich auch für sein „Kampfruf“ eine gewisse Erläuterung bedeuten; denn auch er ahnt wohl, daß auf die Dauer die Basis, auf die heute unsere innere Politik gestellt ist (Kunze und Klassen) zu schmal wird. Also „Sammeln aller politisch schaffenden Stände“ und „Schutz der nationalen Arbeit!“ Herr von Weismann soll wohl glauben, daß er in diesem Zeichen stehen werde!

Gegenüber den Zweifeln an der Richtigkeit dieser Informationen erklärt die Frankfurter Zeitung in einer späteren Ausgabe mit aller Bestimmtheit:

„Die Informationen, die wir heute früh über die geplante Wahlparole des Reichstagslers veröffentlicht haben und die wir für absolut authentisch zu halten verpflichtet sind, lassen keinem Zweifel mehr Raum.“

Wichtig ist die Königsche Zeitung, daß sie auf Entbindung an zuständiger Stelle erfahren hat, „daß der Reichstagsler bisher weder eine Wahlparole in dem von der Frankfurter Zeitung angegebenen Sinne, noch überhaupt eine Wahlparole ausgegeben habe, auch nicht in verteilenden Gesprächen.“

„Unsern Lesern ist ein solches Programm des Reichstagslers nichts neues, da wir es bereits vor einigen Wochen mitteilen konnten.“

Wir sagten schon, daß die Frage der Schutzpolizei unter allen Umständen den Wahlkampf wesentlich beeinflussen wird. Wilhelm II. hat ja in seiner berühmten Rede neben Aufrechterhaltung auch das gemeinsame Interesse aller „Stände“ und die Sammelparole als Parole ausgegeben, so daß tatsächlich kein Zweifel besteht, daß die gemeinsame Ausbesserung der Massen durch Karat und Anbuhlergeile als hartes Winder

mittel der Parteien der bestehenden Klassen benutzt werden wird.

Die Nationalliberalen erklären freilich in ihrer Presse, daß sie sich damit nicht fangen ließen, aber das sind platte Redensarten. Denn gerade sie haben die gesamte Wählerpolitik mitgemacht und wissen genau, daß die sogenannten Steuerfreiheit der bestehenden Klassen aus der Aufrechterhaltung der Wählermittelschleierung beruht. An diesem Punkte werden sich die Herrschaften immer wieder finden.

Die Regierung wird freilich noch manden sonstigen „nationalen“ und patriotischen Schwindeln erfinden, aber er dürfte wenig Zugkraft haben.

Es bleibt also alle Fälle ersichtlich, daß alle Umstände die Situation für die nächsten Reichstagswahlen so zugespitzt haben, daß die entscheidenden „Wahlparolen“ für jeden Wähler ersichtlich klar liegen. Sie lauten:

1. Ausbesserung der Demokratie!

Wilhelm II. die Regierung und die herrschenden Parteien sind Feinde dieser Volkserziehung.

2. Aufhebung der Lebensmittelschleierung!

Regierung, Konterpartie, Antikemiten, Zentrum und Nationalliberalen sind die Schuldigen dieser verbrecherischen Politik und an deren Fortdauer materiell in härtester Weise interessiert.

3. Einschränkung der Rüstungen!

Wilhelm II. hat wiederum Aufsbau des Militarismus und Marinismus verordnet und alle bürgerlichen Parteien werden dem „nationalen Aufruf“ folgen.

Die Sozialdemokratie wird mit diesen genannten Volkserforderungen ebenfalls Sammelparole betreiben, d. h. sie wird die Massen damit sammeln und ihre Lebensinteressen zum Siege führen.

Recht hübsche Bemerkungen zu „Wahlparolen“ macht die Frankfurter Volkstimme:

„Die gefährdete Schutzpolizei als Wahlparole — ist es die Menschheitspflicht? In einer Zeit, da Millionen die Häute halten gegen den Jolldwiler, der die Schuld trägt an der unerbörten Steigerung der Fleischpreise, in einer Zeit, da die Schutzpolizei von den Wägen wie ein Einzelhalsband empfundlich wird, in einer Zeit, da der Name Schutzpolizei schon in der Arbeiterklasse wie im Bürgertum Haß und Erbitterung erweckt, will die Regierung die Wähler herbeizumachen mit der Lösung: Kommt! Selbst! Keinet! Die Schutzpolizei ist bedroht! Es ist wahrhaftig so tönisch, und man kann nicht ernst bleiben.“

Jeder gute Rufus hat einen Clou, einen bunten Auguß, der ungebändigte Heiterkeit auf allen Wänten erregt, wenn er nur zur Lir hineinpurzelt, ungenießt, mit verblüfftem Gesicht und unfähig, seine Glieder zu regieren. So wirkt Herr von Weismann Sollewig im deutschen Reichstagsrat und ganz Europa lacht. Wie wird es erst lachen, wenn 1913 dieser unser deutscher Reichstagsler auf seinem Grautier: Schutzpolizei angekoppelt kommt, die langen Beine am Erdboden nachschleifen, und wenn ihn dann der stürzliche Graue mit einem eleganten Satz in den Sand der Arena befördert.

Denn im Ernst gesprochen, kann der Sozialdemokratie nichts förderlicher sein, als wenn die Regierung mit dieser Wahlparole hauffieren geht. Selbst die deutschen Wähler, die politische Gebenbetreiber vor der Stirn tragen, werden mit dem roten Stimmzettel zur Linne halten, hören sie die Regierung mit schmetternden Fremdenentwürfen als Lösung verurteilen, was für sich die unbedingte Verurteilung des Junkertums verurteilt und die unbedingte Ausplünderung der Massen bedeutet. Nun ist es ja derweilteit schwer, für eine Regierung, deren Karren so selbsterfahren ist, eine auch nur halbwegs zugkräftige Parole für die Wahlen zu finden. 1887 ist es mit dem Kriegsrummel gegliedert. Das würde heute kaum mehr gehen und ist auch ein wenig zu gefährlich, denn, wer in Zeiten internationaler Spannung, wie sie jetzt herrscht, mit Streichhölzern spielt, kann sich unversehens sehr selbsthaft die Finger verbrennen. Auch, was den nächsten Erfolg von 1907 brachte, die Kolonialpolitik, hat nicht für fünf Pfennig Spouarität mehr in den Volksmassen, und das Zentrum, gegen das damals die Spitze des Schwerts gerichtet war, steht heute mit am anderen Ende des Speiches. Und auch, wie man es einst geland, den roten Kappen so lange zu schenken, bis er dem Pfahlbürger nur ein Lachen des Vergers und der Verachtung abladen. Vergeweißt schwierigere Sache, da eine Wahlparole zu finden. Aber daß sich Weismann Sollewig hinstellt und aus den Hüfen der Entrüftung und des Grimms, die ihm aus dem deutschen Volk entgegenfliegen: Preussisches Wahlrecht! Polizeischlägen! Reichsanzeiger! Wägenausplünderung! Fleisch- und Brotwunder! Junkerwirtschaft! auf Geratewohl einen herausgreift und treuerhaft sagt: Das ist ja auch als Wahlparole zu gebrauchen, das ist ein wahrhaftig bergmäßig bis über die Grenzen des Grotesken hinaus.

Denn nicht einmal die Nationalliberalen wird man damit vor den Karren der Regierung spannen können, und was liegt an dem Väterdingen Nationalliberaler! Die Masse muß es bringen! Und diese Masse wird, sofern sie nicht schon aus freien Stücken zu uns strömt, durch die Regierung zu uns treiben. Die Sozialdemokratie erscheint wahrhaftig als ein

„Instrument des Himmels!“, während arbeitet für sie mit seinen Reden, Weismann Sollewig müßt sich mit seiner Wahlparole um ihre Wohlfahrt — es ist eine Lust, zu leben!

Nach Berlin schreibt man uns:

Groß ist die Auswähl der Parolen, die Herrn v. Weismann zur Verfügung stehen, nicht. Absolutismus, Preussentum, Legienwahrheit, Betrüsten und Soßbüßgöllnerci sind eines wie das andere wenig volkstümlich. Man muß sie schon ein bißchen schämen und frisieren, damit man sich mit ihnen überhaupt setzen lassen kann. So wird Herr v. Weismann sicher niemals sagen, er sei ein überzeugter Anhänger des Absolutismus, sondern er wird versichern, er trete für „das Recht der Krone“ ein; das kommt fastlich auf dasselbe hinaus, aber hört sich doch bedeutende besser an. Für ein Privilegienwahrheit, oder gar für ein Drei-Klassenwahlrecht wird sich auch niemand begeistern, da spricht man lieber von einem Wahlrecht, das den Mittelstand und die Vertiefung der Bergausbildung durch die Befreiung der bloßen Haß“ schätze. Das ist etwas dunkel zwar, doch es klingt höchst wunderbar. Auch wird niemand so unglücklich sein, sich zu einer Politik des unerfogen Betrüstens zu befehlen, „Lüdenlose Miltung“, „Befreiung des Vaterlandes“ hört sich bedeutend besser an. Und genau so ist es mit der Soßbüßgöllnerci. „Schutz dem Großgrundbesitz“, „Schutz der Lebensmittelerzeugung, der Fleischnot“ — wer wollte sich mit so plumper Deutlichkeit ausdrücken? Da lobt man lieber vom „Schutz der nationalen Arbeit“, denn wer sollte nicht die „nationale Arbeit“ schätzen wollen?

Wie schön läßt sich von der Höhe dieser Schlagtratte auf die jerrigen herabkommen, die gegen Absolutismus, Privilegienwahrheit, Betrüsten und Soßbüßgöllnerci sind. Von ihnen heißt es dann, daß sie das Recht der Krone antasten, die Womarchie umflützen, die Fleischmächter betreiben, das Vaterland wehrlos machen und die nationale Arbeit, ganz besonders aber die Handwerkerarbeit, ruinieren wollen. Aber auf kein Wort man durch die geistlose Wiederholung des ältesten Schwindels noch Eindruck machen zu können?

Nach der Frankfurter Zeitung soll der Reichstagsler beschließen, mit dem Aufruf: „Unsere Schutzpolizei ist bedroht“, alle „politisch schaffenden Stände“ um sich zu sammeln. Die „politisch schaffenden Stände“ sind zweifellos auch Weismannsche Praefologie. Der Mann, der die Unteroffiziere und Schulleute als preussische „Kulturträger“ erfinden hat, mag auch in den Dividendenjuden und Grundrentenvergeßern die „politisch schaffenden Stände“ erblicken. Die einzige Klasse der vom Lohn ihrer Arbeit lebenden Menschen gehört zu diesen „politisch schaffenden Ständen nicht“. Arbeiter, Beamte, Weiber, alle die Unzulänglichen, die weder Aktien noch ihr und Galm besitzen, gehören nicht mit. Sie schafften nicht „politisch“.

Die Sozialdemokratie fordert nicht den sogenannten „Schutz der nationalen Arbeit“ oder der „politisch schaffenden Stände“, sondern sie kämpft, seit sie besteht, für den Schutz der arbeitenden Menschen. Sie will die Partei aller Arbeiter sein, die durch ihre geistige und körperliche Arbeit Werte schafft; diese Werte schaffenden Menschen will sie schützen und fördern in ihrer materiell-wirtschaftlichen Existenz wie in ihrem Bürgerrecht und ihrer Menschenwürde. Die Leute aber, die vom „Schutz der Arbeit“ reden, sind die Feinde und die Ausbeuter der arbeitenden Menschen, nicht bloß der „Arbeiter“ im gewöhnlichen engeren Sinne des Wortes, sondern alle, die aus Arbeitslohn oder Gehalt ihre Lebensbedürfnisse bestreiten müssen.

Welcher städtische Arbeiter oder Beamte gönnte es nicht dem kleinen landwirtschaftlichen Besitzer, wenn er für seine harte Arbeit entsprechendes Entgelt findet und die Mittel zu einem menschenwürdigen Dasein erwirbt? Aber die Saat sündet einem die Aehle zu, wenn man bedenkt, daß wir von Geistes wegen unsere Lebensmittel teuer bezahlen müssen, was die obigen Großgrundbesitzer zu mähen und besonders das politische Zentrum hochzuglücken, das die schlimmste Landplage Europas ist? Gegen diese Leute, die zwar zu den „politisch schaffenden Ständen“ in Weismanns Sinn, aber nicht zu den Arbeitern im weitesten Sinne dieser Worte gehören, gegen diese Leute, die der Waffe der preussischen Staatsbürger ihre politischen Menschenrecht borenhalten, und ihr das Brot vom Munde reißen, gegen die gegenwärtigen Steuerbezahlenden und Arbeiterjuden, gegen das hochmütige, bornierte, eigensüchtige Junkerpaß sammeln sich der Fohn des Volkes an, um sich bei den nächsten Wahlen in vernichtendem Strome über sie zu ergießen.

Das ist die einzige „Sammelparole“, die Aussicht auf Erfolg hat. Und von dem Sieg dieser Sammelparole hat niemand etwas zu fürchten, der in Land oder Stadt ehrliche Arbeit leistet. Nicht insolge dieses Sieges eine Herabsetzung der Wirtschaftspolitik ein, so sollen nicht die arbeitenden Landwirte, sondern die nichtarbeitenden Großgrundbesitzer die Rechte zu genießen haben. Sein sozialistisch denkender Arbeiter wird begreifen, daß der arbeitenden Landwirt ein Recht auf „Schutz“ besitzt wie jeder andere arbeitende Mensch. Aber die arbeitenden Klassen wollen nicht hungern, um ihre junkerlichen Zofden zu müssen, und darum heißt die wirtschaftliche Wahlparole: Fort mit den Lebensmittelschleier! Nieder mit dem Soßbüßgöllner!

140

147

zur Hilfe gekommen ist, hat die Annahme der Reichsfinanzreform der deutschen Volkswirtschaft zum Vorteil gereicht. — Diesen Dank statten die Scharfmacher natürlich nicht umsonst ab. Vielmehr enthält der Jahresbericht einen Wunschsetzler der Scharfmacher von ganz ansehnlicher Länge. Zunächst wird die Kartellpolitik im deutschen Wirtschaftskreis beauftragt und der Regierung nahegelegt, keinerlei Schritte zu unterlassen, die sich gegen die Kartellbildung der deutschen Industrie oder einzelner ihrer Zweige richten. Weiter wird gewünscht, die Möglichkeit eines größeren Einwirkens der Industrie auf die Fragen der inneren Handelspolitik, und außerdem wünscht die Großindustrie einen größeren Einfluss auf die finanziellen Faktoren ausüben zu können. Als Ziel wird bezeichnet: Die Erbringung eines parlamentarischen Einflusses entweder durch die bestehenden politischen Parteien, oder, soweit diese verlagen, außerhalb derselben. Den verbündeten Regierungen und der preussischen Landesregierung wird die Aufgabe zugewiesen, Mittel und Wege zu schaffen, um der Stimme der Industriellen mehr als bisher Gehör zu verschaffen. — So vorsichtig diese Worte auch abgemessen sind, so deutlich erkennt man daraus die Aufforderung an die Regierung, eine Änderung des Reichstages durch ein Gesetz vorzunehmen, oder wie folgt man sich sonst den größten Einfluss der Scharfmacher auf das Parlament verschaffen?

Deutsches Reich.

— Erweiterung der Zinssteuer. Unüberprüften Meldungen zufolge beabsichtigt das Reichsstatistikamt, Anfangs aller Art der Zinssteuer zu unterwerfen. Vor allen Dingen kommen dabei in Frage Zinsen für Darlehen, Selbstkredite usw. Vertreter der in Frage kommenden Industrien haben am Sonnabend in Berlin eine Wehrung abgeben und sich dahin geäußert, Einspruch beim Reichsstatistikamt gegen die Versteuerung der Selbstkredite zu erheben, weil die Steuer dieser verhältnismäßig jungen Industrie die Existenzmöglichkeit rauben würde. Der Reichsstatistikamt, der, wie überall, auch dort vertreten war, sicherte den Unternehmern seine Unterstützung im Kampf gegen die Steuer zu.

— Ein Sängerkochmann soll. Auch Herr v. Bethmann Hollweg hat seinen Bemühen, der Berliner Geschäftsjahresprofessor zur Verfügung der durch seine abstrusen Theorien zum Schutze des Juristentums schon viel Verwendung erregt hat, veröffentlicht in Scherz Tag einen Leitartikel, in dem Herr v. Bethmann Hollweg als Pfadfinder einer neuen Politik des Aristokratismus vertritt. Nach Herrn v. Bethmann Hollweg bedeutet der Regierungsantritt Bethmanns „eine neue und grundsätzliche Wendung unserer Staatslenkung von demokratischen und sozialistischen zu aristokratischen und individuellen Gedanken“.

Das die deutsche „Staatslenkung“ von Bethmann Hollweg „demokratischen und sozialistischen Gedanken“ zugewandt war, ist die wunderbarste Entdeckung, die je ein preussischer Geschäftsjahresprofessor gemacht hat.

— Die verfrachtete Einget. Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß in A u s t r i a ein Bündnis der sämtlichen bürgerlichen Parteien zustande gekommen sei mit dem Ziel, den national-liberalen Reichstagsabgeordneten Horn wieder aufzustellen. Bald darauf bemerkte die Reichstagsmajorität, daß sie an dem Bündnis beteiligt sei, und jetzt kommt auch der Bund der Landwirte und erklärt, daß er eine Kandidatur des Abg. Horn nicht wieder unterstützen werde. — Die schönen Leitartikel, die einige Blätter über das Wiedererleben des Blods gebracht haben, sind also für die Katz gewesen.

Cürkel.

Die verborene Nationalversammlung.

Konstantinopel, 10. September. Das Unterrichtsministerium hat an den östlichen Patriarchen eine Note gerichtet, in der diesem Verbot, die auf den 14. September einberufene Nationalversammlung abzulassen, zur Kenntnis gebracht und im Falle der Zuwiderhandlung mit Anwendung des Strafgesetzes gedroht wird. Das Verbot wird damit begründet, daß die Nationalversammlung in den Reichsgesetzen und in den Privilegien des Patriarchats nicht vorgesehen sei und außerdem die Ordnung gefährden könnte.

Der Jahreskongreß der Jungtürken wird, wie der Meldung zufolge, Ende September in Saloniki abgehalten werden. Man erwartet von dem Kongreß, an dem Delegierte aller jungtürkischen Komitees teilnehmen werden, wichtige politische Beschlüsse.

Amerika.

Friedliche Absichten?

Das amerikanische Staatsdepartement hat, wie gemeldet wird, den nordamerikanischen Geschäftsträger in Panama, Mr. Marx, telegraphisch aufgefordert, die angeblich in einem Interview von ihm gemachten Angaben, die Union drohe Panama zu verlassen oder zu annektieren, zu widerrufen. Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt, daß sie keinerlei Protest gegen eine Präzedenzfallbestätigung in Panama einlegt hat und auch gegenwärtig nicht an irgendwelche militärische Aktionen der Republik gegenüber denkt.

Aus der Partei.

Wahlrechtlich.

In Frankfurt a. M. fanden im verfloffenen Frühjahr Wahlrechtspaziergänge statt, deren einen den Frankfurter Stadtwahl zum Ziele hatte. Die Genossen Dr. Cuard und Wittich hielten dort kurze Ansprachen an die Versammelten. Die Polizei erbieth dort die Veranstaltung einer nicht angemeldeten Versammlung unter freiem Himmel und schickte die beiden Genossen Strafmandate in Höhe von nicht weniger als sechs bzw. vier Wochen Haft. Auf erhobenen Einspruch im Erkenntnis das Schöffengericht an Freisprechung. Wegen dieser Entscheidung legte die Anklagebehörde Berufung ein und Entscheidung liegt die Frankfurter Landrichter vollständig freilich, die beiden Genossen zu je 50 M. Geldstrafe zu verurteilen.

Eine Extra-Nummer des Wahren Jakob! Mitte der nächsten Woche erscheint außer Almanach eine Extraausgabe des Wahren Jakob, die sich als „Gedenkbuch an den Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß zu Kopenhagen“ präsentieren wird. In einer Fülle von Bildern wird in dieser Nummer der Verlauf des Kongresses und der damit verbundenen geschehenen Persönlichkeiten dem Leser vor Augen geführt, und unter anderem wird auch der bekannt mährische Brief des französischen Ministerpräsidenten Briand an den Kongreß, dessen Ursprung noch nicht aufgedeckt ist, in Kopie in dieser Nummer wiedergegeben. Die Nummer ist auch fertlich gut ausgefallen und wird nur 30 Pf. kosten. Bestellungen können entweder an alle Buchhandlungen und Postportale sowie an den Verlag in Stuttgart gerichtet werden.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erscheinende Nummer 10 hat unter anderem folgenden Inhalt: Magdeburg. Von Hans Bloch. — Der Welt I. Von G. Edzine. — Mein Zimmeranarium II. (Militär). — Für Wägen ist es doppelt notwendig. Von L. Zieg. — Die proletarische Jugendbewegung in Berlin. — Aus der Arbeiterbewegung. — Aus der Jugendbewegung usw.

Beilage: Vagabunden (Schluß). Von A. Moosgaard. — Proletarische Poetik. Von A. Wagner. — Dongkong und Macao (Militär). — Gorgegang und Mühlsteig. Von G. Kresow. — Wie soll ich leben? Von J. Worchardt. — Die Jungen an die Alten. Von G. Perow. — Selbständigkeit ist keine Regel.

Gewerkschaftliches.

Zur Werftarbeiterbewegung.

Die Firma W o l h m u. H o h in Hamburg läßt durch die bürgerliche Presse eine Resolution verbreiten, die der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken soll, daß die Werftarbeiter ganz bezahlte Arbeiter sind.

Die Verträge der Werftarbeiter sind folgende: Sie stellt bei allen auf ihrer Fahrt 1900 beständig gemeldeten Arbeiterkategorien den Durchschnittslohn pro Tag und den pro Woche fest, multipliziert diesen Durchschnittslohn mit dem Wochenlohn mit 62 (1) und rechnet so den Jahresverdienst heraus.

Dieses Verfahren ist natürlich irreführend. Für die meisten Werftarbeiter kommen 22 Lohnwochen gar nicht in Frage. Die Situation in der Werftindustrie, die durch die Natur des Schiffbauwesens bedingt ist, ist eine große Anzahl der Werftarbeiter zu Gelegenheitsarbeitern, die leider einen Teil des Jahres der Arbeitslosigkeit überantwortet sind. Den Beweis für diese Tatsache liefert die Liste der Firma Wolhm u. Hoh selber, indem sie z. B. unter anderem angibt, daß die 150 Tage und solche, die weniger Tage im Jahr gearbeitet haben. Die letztere Klasse ist die der „Gelegenheitsarbeiter“, deren Beschäftigungsdauer nur so lange währt, als eben Arbeit vorhanden ist. Die Arbeiterkategorie aber ist mit mehr oder weniger langer Arbeitslosigkeit und Selbstredend auch mit Verdienstlosigkeit zu rechnen. Die ganze Liste ist daher nichts als eine Täuschung der Öffentlichkeit.

Die Mär von den abgelehnten Verhandlungen.

Nachdem in den letzten Tagen die bürgerlichen Blätter aller Schattierungen in die Welt hinausposaunt haben, daß die Arbeiterorganisationen die von den Werftarbeitern angebotenen Verhandlungen abgelehnt hätten, kommen jetzt auch noch die christlichen und kirchlichen Dunderschen Gewerkschaftsblätter mit derselben Behauptung.

So behauptet sich das kirchliche Dundersche Blatt, der Gewerkschaften in seiner neuen Nummer mit der Spitze, das Blatt redet von bösen Gewissen der Werftarbeiter und bezeichnet die Verurteilung auf die Vorwürfe, die die Internation über die Zusammenkunft der Verhandlungssteinehrer verlangten, als Ausrede; er will das den Werftarbeitern künftig noch gehörig unter die Nase reinen. Kein Mensch wird verstehen warum. Der Gewerkschaften läßt aber seinen Artikel in die betreffenden Worte ausstrahlen:

Unsere Gebuld hat ein Ende, mögen die Werftarbeiter künftig die Suppe, die sie sich einbroden, auch selbst ausspülen.

Aus Stettin wird übrigens gemeldet, daß der kirchliche Dundersche Gewerkschaften unter den freireisenden und ausgesperrten Werftarbeitern bereits ein Flugblatt verbreitet, das sich in Wutausfällen gegen die freien Gewerkschaften ergeht. Die angebliche Anstaltung der Dirde bei den Verhandlungen in Hamburg muß den Stoff für das Flugblatt geben.

Das und manches andere klingt recht bedächtig. Sollte sich da ein Unfall oder so fauchte eine kleine Arbeitervertreterei vorbereiten?

Die „Solidarität“ der Scharfmacher.

Der Verein Deutscher Arbeiterverbände eilt den Werftarbeitern mit folgenden als „wichtige Angelegenheit“ signifizierten Briefen zu Hilfe:

„Zeit Anfang August d. J. stehen an 8000 Werftarbeiter in Hamburg im Streik. Die Gruppe Deutscher Seefahrerwerke hat infolgedessen zur Unterstützung der Hamburger Werften am 11. bezw. 12. August ca. 60 Prozent ihrer Arbeiter ausgesperrt. Die Arbeiterorganisationen derselben deshalb, einen Teil der Arbeiter von der Küste ins Innere abzuschieben und in andere Verufe überzuführen.“

Infolge der Werftarbeiterbewegung macht sich auch bei den anderen metallindustriellen Betrieben an der See Küste eine starke Abwanderung der Arbeiter bemerkbar.

Wir bitten Sie deshalb, nicht nur alle von den deutschen Seefahrerwerken in Bremen, Bremerhaven, Eimsbüden, Flensburg, Hamburg, Kiel, Lübeck, Norderholz-Scharnebeck, Rostock, Stettin und Wegejad kommenden Arbeiter aller Gewerbe, sondern auch sämtliche aus den metallindustriellen Betrieben der genannten Städte kommenden Arbeiter aller Kategorien bis auf weiteres nicht zuzulassen.“

Tarifbewegung der Klempner und Installateure in Westfalen.

Die in D e r f o r d und Bochum geführten Verhandlungen der Klempner- und Installateure mit den Unternehmern haben zum Abschluß eines Tarifes geführt. In beiden Orten ist die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden festgesetzt. Minimallohn wurden festgesetzt. Montagzulage, bessere Verabreichung der Lebensmittel und für schmutzige Arbeiten höhere.

Bei den Verhandlungen hat sich auch wieder gezeigt, daß die Klempnermeister, die kaum einen Gehilfen, aber desto mehr Lehrlinge beschäftigen, sich als Samtpfandier zeigen.

Auch in D e r f o r d ist in diesem Verufe ein Tarifabschluß zustande gekommen. Man kann wohl sagen, daß die Bonardbeiterausperrung ihr Teil dazu beigetragen hat. Durch sie wurden die Unternehmer auf den einzig vernünftigen Weg geführt, ohne Arbeitsüberdrückung den Forderungen der Gehilfen zu entsprechen.

Ausperrung in der Steinindustrie.

Die sächsischen Sandsteinindustriellen haben beschlossen, die Steinmeißler und Brecher auszusperren. Von der Aussperrung werden etwa 570 Arbeiter betroffen. Die Unternehmung begründet ihre Maßnahme damit, daß in D r e s d e n 8 7 r n a seit etwa vier Wochen 486 Steinmeißler im Streik seien und höhere Affordräge verlangen. Die Sandsteinarbeiter haben nach Sachfen Zugang zu meiden.

Zur Reichstags-Wahlfonds.

Weigenfeld. Für Wahlbewerber 0 7 5 M. Reichst. Zeig. Extraitum im Verband der Steinbecker 0 7 6 M. W. Westph.

Aus den Nachbarreifen.

Ein jahreslanger Lehrvertrag.

Bestimmte Eltern, Vormünder usw. werden ein Lehrling fügen können über die Jahre hinaus. Die Lehrverträge, die in allen Orten der Provinz, nicht bloß auf dem Lande, sondern auch in den Städten gemacht und gültig sind. Es lohnt sich, ab und zu einmal solche Lehrverträge an die Öffentlichkeit zu ziehen, um Interessenten zu warnen, ihre Rechte doch nicht zu weit zu vergehen, und dafür die ungeschützten Pflichten zu übernehmen.

Ein wahres Monstrum von Lehrvertrag liegt uns gegenwärtig von der Firma C. B. Wande u. Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Merseburg, vor. Der Vertrag dürfte knapp in den Rahmen des Gesetzes hineinpassen und vertritt gegen das gesunde Volksempfinden. Wenn er aber das Gesetz nicht verletzt, so beweist er, wie ungeheures Recht er den Industriellen, Lehrmeistern usw. gibt und welche ungeheuren Pflichten den Eltern auferlegt werden, die ihre Kinder in solche Verträge in die Lehre bringen. Die Lehrzeit beträgt dort — im vorliegenden Falle handelt es sich um Metallarbeiterlehrlinge — vier Jahre. Dabei enthält aber der Vertrag die höchstbedauerliche Klausel: Die durch den Lehrling verfaulenden Arbeitstage sind durch entsprechende längere Lehrzeit nachzuholen. Nun könnten aber, so meinen wir, auch Krankentage als verfaulte Arbeitstage im Sinne des obenstehenden Lehrvertrages aufgefaßt werden, so könnte sich ein der Lehrzeit auf fünf Jahre usw.; bei dauerndem Siechtum aber bis in das Unendliche ausdehnen. Die Firma zahlt dem Lehrling hier zeigt der Vertrag wieder das wahre Gesicht, vorausgesetzt, daß dieser gegen Eifer zeigt und sonst keine Veranlassung zur Klage gibt:

Im ersten Lehrjahre 250 Mark pro Monat. Im dritten und vierten Lehrjahre arbeitet der Lehrling im Monat und werden ihm im dritten Lehrjahre 0 3 der Gehaltsanteile, abzüglich 1 0 0 Mark pro volle Arbeitswoche, im vierten Lehrjahre 0 5 der Gehaltsanteile, abzüglich 1 5 0 Mark pro volle Arbeitswoche für die von ihm geleisteten Arbeiten bezahlt.

Damit hat aber der Lehrling den Verdienst noch nicht in der Tasche, denn es heißt in dem Vertrage weiter: Außerdem behält sich die Firma Wande vor, während der Lehrzeit des Lehrlings ein oder mehrere Lehrlinge in der Firma Wande zu beschäftigen, w o n n der Vertrag nicht vor Ablauf der verabredeten Lehrzeit sein Ende erreicht hat, w o n n ferner die Leistungen und die Führung des Lehrlings die Firma Wande zufrieden gestellt haben und — w o n n der Lehrling nach dem Ablauf der Lehrzeit noch ein Jahr als Gehilfe bei der Firma Wande zu deren voller Aufrechterhaltung tätig gewesen ist.

Also erhebt er die Lehrling nur Lohn unter der Voraussetzung, daß er gegen Eifer zeigt, und sonst keine Veranlassung zur Klage gibt. — Mit welcher Rohheit könnte dem Lehrling nach dieser Klausel der Lohn überhaupt illusorisch gemacht werden? Dann ist es an sich schon unerhöflich, Lehrlinge in das Affordsystem zu spannen und in eine Konkurrenz mit den Gehilfen zu bringen; sind doch die hierzu aufgestellten Bedingungen, geradezu gesagt, ungeschweizlich. Raffieren bei der Arbeit nicht gerade die schlimmsten Unfälle? Und dann, wobei will die Firma nun einmal ist, die aufgearbeiteten „Arbeits“ werden dem Lehrling schließlich unter so vielen „Wagnis und Voraussetzungen“ als freiwilliges Geschenk überreicht. Daß der Lehrling bezw. dessen Vertreter bei vorzeitiger Lösung des Verhältnisses innerhalb des ersten Jahres 150 Mark, und innerhalb des vierten Jahres 400 M. Entschädigung an die Firma zahlen muß, sei nur nebenbei bemerkt. Er darf in solchen Fällen auch binnen neun Monaten nach Auflösung des Verhältnisses in demselben Gewerbe von einem anderen Arbeitgeber ohne Zustimmung der Firma Wande nicht beschäftigt werden.

Der Lehrling wird der väterlichen Zucht des Lehrherrn und sogar der väterlichen Zucht derjenigen Meister und Vorgesetzten unterworfen, welche an Stelle der Lehrherrn mit seiner Ausbildung und Berufsaufklärung betraut sind. Für Wohnung, Verpflegung und Kleidung, sowie überhaupt für den ganzen Lebensunterhalt des Lehrlings sorgen die Eltern. Der Lehrling darf ohne Begleitung älterer Verwandte Vergnügungsorte und Restaurationen nicht besuchen. — Dies ist ein Schlag gegen die freie Jugendbewegung, die sich glücklicherweise heute durch solche Bestimmungen nicht wehrt lassen läßt.

Die Arbeiter seien gewarnt, solche Lehrverträge, die nur Pflichten auferlegen, zu unterzeichnen. — Sapientia sat! Für den Verstandigen genug!

Merseburg, 10. Sept. In der letzten Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurden die Genossen H. Juch, Hugo Thomas und A. Mens als Betätigungskommissionsmitglieder gewählt, alle Mitglieder, welche das Volksblatt betreffen, sind bei einem der oben genannten Genossen anzufragen.

Hannover, 10. September. Unberichtigende Absichten bieten den Attentaten der Annaburger Steinindustrie die Gewähr, wenn sie nur 8 Prozentigen Erhöhung abwerfen! Am Vorjahre konnten sie sich allerdings 12 Prozent zu Gemüte führen. Wir meinen aber, daß die armen Arbeiter auch bei 8 Prozent noch festsitzen dem Hunger ausgeliefert werden.

Frankenhausen, 12. September. Interner Arbeiterkongress. Wegen Lebensdifferenzen haben in dem kleinen Orte Frankenhausen am Auffhauer 450 Perlmutterknospenarbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Arbeiterverein lehnte jede Verhandlung ab und verlangte einfach die Zurückziehung der Forderungen. Die Folge war der Streik.

Das kleine Arbeiter Komitee hat die Arbeiter den Forderungen nicht verhandelt. In letzterem Akt über ihnen die Terroristen aus. Einem kleinen Arbeiter, der als einziger die Forderungen bewilligt hat, ist nachfolgender Brief zugegangen:

„Es kommt uns zu Ehren, daß Sie einen unserer Leute einhellen wollen, wir warnen Sie im Guten, dies zu unterlassen. Andernfalls werden wir Ihnen, die wir heute schon über Ihnen zu verberben, daß Sie nie wieder in die Lage kommen, Einsprüche machen lassen zu können. Wir kennen alle Ihre Münden.“

Das ist wohl so ziemlich die Höhe im Interner Arbeiterkongress. Daß man den Arbeitern wehse leere Briefbogen vorgelegt hat, die sie unterzeichnen sollten, sei nur nebenbei bemerkt.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Ueberlicht, Politische und Vermischtes Karl Wod, für Lokales, Provinziales und Versammlungsberichte Otto Diebusz, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Walhalla-Theater
 Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.
 Heute zum 18. Mal mit beispiellosem Erfolg:
„Fallo! Die grosse Revue!“
 Text von Julius Freund. Musik von Paul Lincke.
 In Szene gesetzt von Dir. Fritz Steidl.
 Donnerstag d. 13. Sept. unwiderräglich letzte Aufführung.

„In Freien Stunden“
 Illustrierte Wochenchrift fürs arbeitende Volk.
Romane und Erzählungen.
 Preis pro Heft 10 Pfg.
 Bestellungen nehmen zu jeder Zeit entgegen alle
 Ausräger und die
Folksbuchhandlung,
 Ocker a. G., Datz 42/43.

Saale-Dampfschiffahrt zum Jahrmarkt.
 Dienstag den 18. September
 von **Rothenburg** nach **Halle** 7.30 Uhr vormittags.
 von **Halle** nach **Rothenburg** 9.30 Uhr vorm.
 Rückfahrt ab **Saalschloss-Brauerei** 5 Uhr nachmittags.
 Extrafahrt von **Halle** nach **Rothenburg** 9.30 Uhr vorm.
 Rückfahrt 4 Uhr. **K. Demmer.**

Sozialdemokrat. Verein, Zeitz.
 Mittwoch den 14. September 1910 abends 8 1/2 Uhr
 in Kämpfers Restaurant, Zöllnersstraße:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Der Parteitag in Magdeburg. 2. Wahl des Pres-
 kommissionen-Mitglieds. 3. Geschäftsbericht. 4. Verschiedenes.
 Alle Genossen und Genossinnen werden erbeten zu kommen.
Der Vorstand.

**Die deutsche Gewerkschafts-
 Bewegung** von
Karl Legien.
 Zweite, neu bearbeitete Auflage. Preis 25 Pfg.
 Zu beziehen durch alle Ausräger und die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Datz 42/43.

Geschäfts-Übernahme.
 Einer werthen Kundtschaft von Grossräner und Lungender
 die ergebenste Anzeige, das ich die vom Bäckermeister **Otto Teut-
 loff** übergenommene
Bäckerei
 käuflich erworben habe und bitte ich, das ihm geleihete Vertrauen
 auf mich übertragen zu wollen. Es wird mein eifriges Bes-
 treben sein, stets gute und reelle Ware zu liefern.
 Hochachtung **Max Dahms.**

Haut-Bleichereme
 „Chloro“ bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiss. Wirk-
 sam erprobtes unschädliches Mittel gegen unschöne Hautfarbe, Sommer-
 profeln, Leberflecke, gelbe Flecke, Hautausschläge. Mit ausfüh. Anweis.
 1 Btl. bei Sendung von 1.50 Mk. franco. Man verlange echt „Chloro“
 Laboratorium „Do“, Dresden-N. 1.
 Legieren: G. Wenzel, Dirich, Bohlenzellers und Gnael-Kros-
 the. Delegationen: W. Hofer, Keilstr. 39/40; O. Ballin Jr.,
 Leipzigerstr. 63; Neumann Progerie, Bernburgerstr. 32;
Werner Progerie, Guben; Wandersstr. 7; Kaiser Progerie,
 2. Wandersstr. 11; Meissner-Progerie, Gr. Ulrichstr. 30.
Makulatur hat abzugeben **Halle'sche Genossenschafts-Druckerei.**

Nur für Herren!
 welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem
Kaufhaus für Monats-Garderoben
Leipzigerstrasse 11, gegenüber der Ulrichskirche,
 mit wirklich gutzeitender, moderner Kleidung zu versehen.
 Wir verkaufen von feinen Herrschaften, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kava-
 lieren wenig getragene, in den ersten Werkstätten Deutschlands und des Auslandes,
 teils auf Seide gearbeitete, in Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

Mass-Anzüge	Serie I 10 Mk.	Serie II 14 Mk.	Serie III 20 Mk. usw.
Mass-Paletots	Serie I 8 Mk.	Serie II 12 Mk.	Serie III 18 Mk. usw.

Abteilung II: Elegante, neue, chike Garderoben.
 Abteilung III: Anfertigung nach Mass unter Garantie tadellosen Sitzes.
Kaufhaus für Monats-Garderoben
 Leipzigerstr. 11 **Halle a. S.** Leipzigerstr. 11
 gegenüber der Ulrichskirche.
 NB. Jedes Kleidungsstück wird auf Tage, Wochen, bis zu einem Monat verliehen.
 Verliehen gewesene Anzüge und Paletots werden **erheblich unter Preis** verkauft.
 ☉ Täglich Eingang der neuesten Stoffe und Fassons. ☉

Bildungs-Ausschuss Halle a. S.
 Dienstag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr
 im grossen Saale des Volksparkes, Burgstrasse
Gross. Lichtbildervortrag
 des Institutes Kosmos, R. Laube, Leipzig.
Im Lande d. Mitternachtssonne.
 Reisen in Norwegen. — Auf der Nordsee. — An der norwegischen
 Küste. — Stavanger. — Im Hardangerjord. — Im Gebiet der grossen
 Wasserfälle u. a. m.
 Eintrittskarten à 20 Pfg. sind im Partei- und Arbeitersekretariat, in
 allen Gewerkschaftsbureaus und Konsumvereins-Verkaufsstellen nur gegen
 Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Aufsichts-Kostkarten empfiehlt
als Hebamme
 empfiehlt sich
M. Salzer, Liebenauerstrasse 172.

Achtung!
Trebnitz = Gaumnitz.
 Am Dienstag den 13. Sept.,
 nachmittags 2 1/2 Uhr, werden die
 Kartons des **Staatsbetriebes Schule,**
 Gaumnitz, an der Mühle, räum-
 lich verkauft.

Apollo-Theater.
 Direction: Gustav Poller.
Jubiläums-Saison!
 Gastspiel des Köhner
 Possen-Theaters Schmitz
 Nur noch 4 Tage
 die tolle Burleske:
Schwiegervater & Co.
 Stürmischer Lachertag.
 Vorher: Der brillante
 Variétéstück.

Stadttheater Halle.
 Direction: Gen. Major M. Richards.
 — Fernruf 1181. —
 Dienstag den 13. Septbr. 1910:
 4. Vorstellung i. 3B. 4. Viertel.
 Novität! **Hum 2. Mate: Novität!**
Taufun.

Ein Fällissement.
 Schaupiel in 4 Akten
 von **Waldemar Lemmel.**
 Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch d. 14. Septbr. 1910:
 6. Vorstellung i. 3B. 1. Viertel.
 1. Vorstellung **Oberjens-
 Sings.**
Mokka-Sammelfassen
 grosse Auswahl bei
C. F. Ritter,
 Leipzigerstrasse 90.

Seit 3 Jahren litt ich an
 einem heftigen, böslichen
**Gefichtsaus-
 schlag.**
 Schon nach 3 tägig. Gebrauch von
Anter's Patent-Heilmittel-Tabletten
 war der Erfolg augenfällig. Die
 Piefel trodneten ein, es über-
 sich keine neuen mehr. Nach Ver-
 brauch von 2 Btl. war keine
 Haut vollständig rein. 3 Btl. in
 Gebrauch. 4 Btl. 50 Pfg. (15% ig)
 u. 1.50 Mk. (25% ig. härtete Form).
 Deutliche Besserung. Creme-
 2 Btl. ferner Anter's-Tabletten
 (mit) 50 Pfg. u. 1.50 Mk. In allen
 Apoth., Droger., u. Parfüm. erhaltl.
 Nicht anders aufreiben lassen.
 Es gibt dafür keinen Ersatz!
**Rein Aluminium-
 Koch-Geschir-
 C. F. Ritter,**
 Leipzigerstrasse 90.

Stadtsamstag
 vom 29. August bis 4. September.
Preisvertheilungen: Arbeiter
 Steffer und Ida Spörbert. Ar-
 beiter Schöber und Witte Wä-
 lter geb. Däner (Kasberg u. Reip).
 Bergarbeiter Bachmann u. Maria
 Seide. Kaufmann Walfisch und
 Helene Weiffel (Salzweibel u. Reip).
Geboren: Schmied Oeyn 1 S.
 Arbeiter Gleisner 1 S. Schmied
 Schneider 1 S. Schloffer Wenz-
 linger 1 S. Kaufmann Gert 2.
 Arbeiter Kämpel S. Fleischer-
 meister Schlag S. Former 1 u.
 2. Lehrer Schmitz 2. Klempner-
 meister Gerlich 2.
Stierfelle: Witte Staude
 geb. Verthold, 81 J. Wilhelm
 Baber geb. Kämmer, 73 J. Karl
 Kempe, 18 J. Friedrich Nöck,
 64 Jahr. Elisabeth Dermann,
 10 Mon. Ida Wurmach, 4 Mon.
 Joseph Hümmann, 82 J. Ida
 Henneke gebor. Dittmann aus
 Jüdenberg, 38 J. Robert Schlag,
 5 Tage.

Wenn auch nicht Kaiserin,
 .. noch Königin, so bleibt ..
„Echte Wagner“
 .. doch Siegerin!!! ..

„Echte Wagner“

Holländische Eigelbpfanzenbutter — Vegetable Margarine
 hat sich in kurzer Zeit in allen Grossstädten Deutschlands glänzend eingeführt und ist auch hier schon in vielen Geschäften sehr gut eingeführt. Bitte
 verlangen Sie Proben, welche Ihnen bereitwillig **gratis** verabfolgt oder zugesandt werden.

Niederlage: Rathausstraße Nr. 15.
Fernsprecher 3712.

Verfand nach ausserhalb überall hin franks.
 Wo noch nicht eingeführt, Bestreter gesucht.

Für die Infertate verantwortlich: Rob. Wagner. — Druck der Halle'sch. Genossensch.-Buchdruck. (G. S. m. b. G.) — Verleger: **dozm. Aug. Groh** icht H. Jähning. — Schriftl. Halle a. S.

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 214

Halle a. S., Dienstag den 13. September 1910

21. Jahrg.

Anträge zum Parteitag in Magdeburg.

Presse und Literatur.

Reinholdsdorf, Genosse Hundt: Der Parteitag möge beschließen, den Vorwärts in Moskau-Abonnements zu 25 Pf. abzugeben.

Tietzow-Geestow: Der Parteivorstand und die Pressekommission des Vorwärts mögen die Herausgabe eines Monatsblattes in die Wege leiten.

Tietzow-Geestow: Der Parteitag möge die Herausgabe einer eigenen Wochenschrift beschließen.

Rieberearnim: Der Parteitag möge sich mit der Frage der Schaffung einer Wochenschrift als Beilage zur Gleichheit befassen. Dieselbe soll die Anforderungen der Arbeiterfamilien entsprechen und ihre Einführung eine fakultative sein.

Ludwigshafen: Der Frauenteilnehmerin Gleichheit sind Ergänzungsergaben mit Erläuterungen beizufügen.

Kretsch: Den Wahren Jakob jede Woche erscheinen zu lassen.

Düsseldorf: Der Parteitag möge beschließen: Der Neuen Welt ist eine Beilage für Haus, Garten- und Landwirtschaft beizulegen, und zwar monatlich mindestens einmal.

Rieberearnim, Genosse Kette: Der Parteitag möge beschließen:

1. Die Neue Zeit erscheint vom nächsten Jahrgang ab in einem dem Titel, dem Inhalt und dem modernen Kunstempfinden entsprechenden Ausstattung.

2. Der internationalen Bedeutung der Neuen Zeit entsprechend und um die Leserschaft aus ausländischen Genossen, die der deutschen Sprache wohl mächtig sind, denen aber die deutschen (sozialistischen) Schriftzeugnisse schwieriger zu bereiten, zu erleichtern, hat der Schriftsatz in lateinischen Letztern zu erfolgen.

Fremen: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Vorzüge des Genossen Engelbert Geaf über Missionen-Geschichte zu erweitern und zu ergänzen und in Form einer Broschüre für den Massenmarkt herauszugeben.

Gießen: Der Parteitag möge beschließen:

1. Den Parteivorstand zu ersuchen, über alle sozialpolitischen Gesetze, die im Reichstag verhandelt werden, Broschüren herauszugeben und hierin die Stellung der Sozialdemokratie besonders hervorzuheben. Die Broschüren sollen in Massen verteilt werden.

2. Den Parteivorstand zu ersuchen, ein Handbuch herauszugeben, welches in Kürze die Stellungnahme aller Parteien zu den Sozialgesetzen, der Reichsversicherungsreform und der preussischen Reformen darlegt. Ebenso müßte das „Wahrheit“ alle Bestimmungen der Parteien mit kurzen Kommentaren enthalten.

Refel: Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, alljährlich eine Broschüre zur Stimmenverteilung herauszugeben, in welcher die trassen Klassenverhältnisse in Epochen nebeneinander zum Vergleich gezogen werden.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Wilmersdorfer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge in möglichst kurzer Zeit eine Ausgabe des Reichsrechtswörterbuches, worin die Unterscheidungen und Abgrenzungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Schiff: Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die Reichstagsvereine soweit möglich feststellen, in welchem Kreise wogende Genossen ihren Wohnsitz nehmen, und der Umzug der Parteimitglieder aus einem Wahlkreise in einen anderen der beugl. Freileitung des neuen Wohnsitzes mitgeteilt wird.

Fremen: Der Parteivorstand wird beauftragt, dahin zu wirken, daß zu den hinfälligen Beschäftigtenunterstützungen eine Vertretung der in Handeltreibereien beschäftigten Personale ausgearbeitet wird, da es nicht mehr wie recht und billig ist, daß wenn auf diesen Konferenzen Beschlüsse gefaßt werden, die für die Personale von weittragender Bedeutung sind, denselben auch eine Vertretung zugehen wird, die durch Teilnahme an den Beratungen imstande ist, den berechtigten Wünschen ihrer Auftraggeber Ausdruck zu geben.

Ferner ist in Erwägung zu ziehen, in welcher Weise sich eine Regelung der sozialpolitischen Einrichtungen in Parteibroschüren sowie die Schlichtung von in denselben aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Differenzen beschließen läßt, da hierzu die örtlichen Kommissionen nicht für alle Fälle die geeigneten Instanzen sein dürften.

Berlin, 4. Kreis, Genosse Kuzinski: Der Parteitag beschließt, die Genossen in den Stadt- und Gemeindevertretungen zu beauftragen, dahin zu wirken, daß in jedem Dorf und jeder Stadt Lust, Röhre, Sonnen- und Wasserbäder eingerichtet werden, in den Schulen und Fortbildungsschulen der Unterricht im Schwimmen eingeführt wird.

Berlin, Genosse Salfert: In der Präsenzliste des Parteitag es wird außer Name, Wohnort, Wahlkreis, auch der jeweilige Beruf oder das Gewerbe der Mitglieder des Parteitag es angegeben.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Zagorodner: Der Parteitag beschließt, die Zagerodner in der nächsten Parteitagung zu beauftragen, die Zagerodner in der nächsten Parteitagung zu beauftragen, die Zagerodner in der nächsten Parteitagung zu beauftragen.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Wresla u. Pöbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der Neuen Zeit mehrfach Artikel der Genossen Wola Lutzburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der Neuen Zeit, unter wissenschaftlichen Vorbehalt, in Zukunft solche einschneidenden politischen Fragen frei debattiert werden können.

Denkanden Herrn Thier verlesen, was folles ist. Statistisch haben auch bei ihr die „Nationalen“ recht, schreibt sie doch z. B. über Dr. Wagens Jahrbuchfährde, daß er Prof. Thier-Coma große Unrichtigkeiten n achgewiesen habe. Dabei hat der biederer Berichterlatter seine Meinung von den in Frage kommenden Zahlen. Auf welche faubere Art die Semnits erklätten wurde, daß die mit den Westen getroffenen Vereinbarungen der Mannmächtigen Verräten keine Interescrikt tragen, wird ebenfalls nicht betanunggegeben. Was unire Keler miltien, hat der zweite Artikel den Namen anders — dem Bekner Memort Thier, näherliegend über die Schulleter gesehen und die eragerte Weisheit in den Saal gerufen. Die Quittung, die er für dieses nationale Gebelntiß erhielt, registriert man so, daß es ausseht, als wär Memort Thier verlatit worden.

Die schnurrigen Kapriolen vollführt natürlich das konervative Wesen, das ja seinen Ausläutern stets etwas Besonderes bringen muß. Hier etliche Wütten aus seinem Elabozat: „Problem die Sozialdemokraten von der Teilnahme an der Berantlung ausgeschlossen waren, hatten sie von ihnen doch schon vorher sehr viele einstimmen. Die nicht nur den irtigen Wählern den Weg nahmen, sondern schließlich durch ihren großen Stand den Vorstehenden nötigten, die Versammlung zu schließen, bevor noch über die vom Vorstehen eingebrachte Resolution abgestimmt war.“

„Darauf wurde in die Diszussion eingetreten, für die beiden Hauptreiter der Sozialdemokratie so 20 Minuten, für jeden anderen Redner 10 Minuten Redezeit festgesetzt. Eine Bestimmung, die sich als recht erwies, von den rabauulischen Sozialdemokraten aber mit unparlamentarischem Scheit begriit wurde.“

„Die von Herrn Direktor von Marées und Herrn Walter Schmidt vorgebrachten Einspielungen über Volksmannt bei der stetigen Ortstrantentafle mühen deren Einrichtungen in einem ungünstigen Lichte erheben lassen.“

„Es war mit Anverletzung zu begriien, daß die Sozialde Polizei gegen etwaige sozialdemokratische Ausbreitungen Vorkehrungen getroffen hat.“

Diese beschnitten Sozialdemokraten, nehmen anderen Zeiten den Platz weg und diese anderen Zeile wurden abein von der Polizei beherrschten den Saal zu betreten, denn an der Zeit schon vorher sehr viele einstimmen. Die nicht nur den irtigen Wählern den Weg nahmen, sondern schließlich durch ihren großen Stand den Vorstehenden nötigten, die Versammlung zu schließen, bevor noch über die vom Vorstehen eingebrachte Resolution abgestimmt war.“

„Darauf wurde in die Diszussion eingetreten, für die beiden Hauptreiter der Sozialdemokratie so 20 Minuten, für jeden anderen Redner 10 Minuten Redezeit festgesetzt. Eine Bestimmung, die sich als recht erwies, von den rabauulischen Sozialdemokraten aber mit unparlamentarischem Scheit begriit wurde.“

„Die von Herrn Direktor von Marées und Herrn Walter Schmidt vorgebrachten Einspielungen über Volksmannt bei der stetigen Ortstrantentafle mühen deren Einrichtungen in einem ungünstigen Lichte erheben lassen.“

„Es war mit Anverletzung zu begriien, daß die Sozialde Polizei gegen etwaige sozialdemokratische Ausbreitungen Vorkehrungen getroffen hat.“

Die beschnitten Sozialdemokraten, nehmen anderen Zeiten den Platz weg und diese anderen Zeile wurden abein von der Polizei beherrschten den Saal zu betreten, denn an der Zeit schon vorher sehr viele einstimmen. Die nicht nur den irtigen Wählern den Weg nahmen, sondern schließlich durch ihren großen Stand den Vorstehenden nötigten, die Versammlung zu schließen, bevor noch über die vom Vorstehen eingebrachte Resolution abgestimmt war.“

„Darauf wurde in die Diszussion eingetreten, für die beiden Hauptreiter der Sozialdemokratie so 20 Minuten, für jeden anderen Redner 10 Minuten Redezeit festgesetzt. Eine Bestimmung, die sich als recht erwies, von den rabauulischen Sozialdemokraten aber mit unparlamentarischem Scheit begriit wurde.“

„Die von Herrn Direktor von Marées und Herrn Walter Schmidt vorgebrachten Einspielungen über Volksmannt bei der stetigen Ortstrantentafle mühen deren Einrichtungen in einem ungünstigen Lichte erheben lassen.“

„Es war mit Anverletzung zu begriien, daß die Sozialde Polizei gegen etwaige sozialdemokratische Ausbreitungen Vorkehrungen getroffen hat.“

Die beschnitten Sozialdemokraten, nehmen anderen Zeiten den Platz weg und diese anderen Zeile wurden abein von der Polizei beherrschten den Saal zu betreten, denn an der Zeit schon vorher sehr viele einstimmen. Die nicht nur den irtigen Wählern den Weg nahmen, sondern schließlich durch ihren großen Stand den Vorstehenden nötigten, die Versammlung zu schließen, bevor noch über die vom Vorstehen eingebrachte Resolution abgestimmt war.“

„Darauf wurde in die Diszussion eingetreten, für die beiden Hauptreiter der Sozialdemokratie so 20 Minuten, für jeden anderen Redner 10 Minuten Redezeit festgesetzt. Eine Bestimmung, die sich als recht erwies, von den rabauulischen Sozialdemokraten aber mit unparlamentarischem Scheit begriit wurde.“

„Die von Herrn Direktor von Marées und Herrn Walter Schmidt vorgebrachten Einspielungen über Volksmannt bei der stetigen Ortstrantentafle mühen deren Einrichtungen in einem ungünstigen Lichte erheben lassen.“

„Es war mit Anverletzung zu begriien, daß die Sozialde Polizei gegen etwaige sozialdemokratische Ausbreitungen Vorkehrungen getroffen hat.“

Die beschnitten Sozialdemokraten, nehmen anderen Zeiten den Platz weg und diese anderen Zeile wurden abein von der Polizei beherrschten den Saal zu betreten, denn an der Zeit schon vorher sehr viele einstimmen. Die nicht nur den irtigen Wählern den Weg nahmen, sondern schließlich durch ihren großen Stand den Vorstehenden nötigten, die Versammlung zu schließen, bevor noch über die vom Vorstehen eingebrachte Resolution abgestimmt war.“

„Darauf wurde in die Diszussion eingetreten, für die beiden Hauptreiter der Sozialdemokratie so 20 Minuten, für jeden anderen Redner 10 Minuten Redezeit festgesetzt. Eine Bestimmung, die sich als recht erwies, von den rabauulischen Sozialdemokraten aber mit unparlamentarischem Scheit begriit wurde.“

„Die von Herrn Direktor von Marées und Herrn Walter Schmidt vorgebrachten Einspielungen über Volksmannt bei der stetigen Ortstrantentafle mühen deren Einrichtungen in einem ungünstigen Lichte erheben lassen.“

„Es war mit Anverletzung zu begriien, daß die Sozialde Polizei gegen etwaige sozialdemokratische Ausbreitungen Vorkehrungen getroffen hat.“

Die beschnitten Sozialdemokraten, nehmen anderen Zeiten den Platz weg und diese anderen Zeile wurden abein von der Polizei beherrschten den Saal zu betreten, denn an der Zeit schon vorher sehr viele einstimmen. Die nicht nur den irtigen Wählern den Weg nahmen, sondern schließlich durch ihren großen Stand den Vorstehenden nötigten, die Versammlung zu schließen, bevor noch über die vom Vorstehen eingebrachte Resolution abgestimmt war.“

„Darauf wurde in die Diszussion eingetreten, für die beiden Hauptreiter der Sozialdemokratie so 20 Minuten, für jeden anderen Redner 10 Minuten Redezeit festgesetzt. Eine Bestimmung, die sich als recht erwies, von den rabauulischen Sozialdemokraten aber mit unparlamentarischem Scheit begriit wurde.“

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 12. September 1910.

Die „Ammertung“ der Rieberearnim.

In der bürgerlichen Presse bemüht sich der Ordnungsdienst, die erschütterte Fühlungselbst des famosen Sozialen Ausschusses am Freitagabend zu einem, wenn auch unheimlichen, Erfolg umzugliien. Freilich ist auch den nationalen Strömungen die Sache vermehrt auf die Herzen gefallen, daß sie damit nicht allzufehr hoch zu tun wagen. Sie haben erleben müssen, daß die geformte Arbeiterkraft gegen die schmächtige Ammutung des Sozialen Ausschusses, die Ammuten lassen der Aufschichtsschere auszufließen, für sich selbst erhob. Hätte am Freitag auch nur irgendwiese die Möglichkeit bestanden, eine nennenswerte Minderheit für die Erbärmlichkeit der nationalen Schicker zu gewinnen, man hätte es beugt, um nachher zu erklären, daß die Sozialdemokraten, da sie ja „ausgeschlossen“ seien, kein Stimmrecht hätten. Aber da der Soziale Ausschuss befürchtete mühte, von seinen eigenen Anhängern im Stich gelassen zu werden, so verbinderte er die Abstimmung über die eingebrachten Resolutionen durch ein festes Attestat auf das Selbstgeschicktsrecht der Versammlung.

Diese für die „Nationalen“ höchst lamablen Lauffachen lassen der Haltung der bürgerlichen Ammutung verständig erscheinen. Beterrestant ist nun, was die einzelnen Organe zur Verschleierung der nationalen Niederlage zusammenfließen. Der Generalanzeiger schreibt im einleitenden Reffemer:

„Als aber die Debatte einsetzte, da erhebt sich die Gemüter. Toleder Beifall und demonstrative Ablehnung wechselten mit den einzelnen Rednern. Namentlich die auf Seiten des Krankenflüsserhandes stehenden Geener des Schemms der freien Rertrahl verließen ihrer Anweisung lauten Ausdrud und schrien die ihnen nicht genehmen Redner niederzufahren. Das Rären und Tosen erreichte seinen Höhepunkt, als der Vorstand einer Resolution verlesen wurde, in der der Magistrat erucht wird, als Aufschichtsschere eingzugreifen und den Kassenmitgliedern eine ausredende ärztliche Verleugung zu sichern. Zur Abstimmung kam's nicht. Die Haltung des einen Teiles der Anwesenden wurde eine so erregte, daß der Vortrede gegen 12^{1/2} Uhr die Versammlung kurzerhand schloß.“

Der durch Redrud hervorgerufene Satz bedeutet eine tolleste Freiheit, wenn man in Betracht zieht, was allein ein Teil der Ferge an Rärennemen auf dem Reichstag hat. Im die freien Redner als die Zierden der Ammutung und die übergen Redner zu reinigen, befreundet der Landere Berichterhalter des Generalanzeigers, daß Arbeiterseiferer Kretsch eine Resolution eingebracht und an deren Verteilung durch orendstehenden Rären, der aus den Reihen der Ferge kam, gehindert worden ist. Er verweigerte ferner, mit ihm natürlich alle bürgerlichen Berichterlatter, daß bei Bekanntgabe der erwähnten Fälle von Zurückweissungen tranfer Kinder in der Rären in der gleichen Stelle des Saales spöttisches Gelächter angesetzt wurde. Ein solches Gelächter wenn so etwas vor den Rednermännern tobgeföhren wird. Wir behaupten, daß jeder Rären, der in der Vermählung am Freitag aufstehen ist, von den Ordnungsmännern prozessiert wurde! Auch der Rären am Schluß, als Herr Dr. Eppenheimer sich zu dem Ausdrud Rertrahl und verriegel! Wir haben, daß mehrerleiweise gerade in dem Augenblick der Herr Walter Schmidt, der seiner Unlesens des Krankenflüsserhandes öffentlich Ausdruck gab, wie rasend Beifall — spendete. Welcher Zusammenhang bezieht es?“

Die liberale Presse meldet zwar, daß dem Krankenflüsserhand eine Resolution eingebracht worden, läßt diese jedoch vom

Statistik über den Juli.

Das Statistische Amt schreibt über den Monat Juli 1910: Die Bevölkerung zählte Ende Juli 86592 männliche, 91290 weibliche zusammen 177872 Personen. Gegenüber dem Vormonat (Juni) bedeutet das eine Zunahme von 450 Personen. Geboren wurden 800 Knaben und 211 Mädchen, zusammen 1011 Kinder, davon waren 412 lebend, 83 todboden. Unter den 287 geforderten Personen n befinden sich 64 Orbstrende. Im ersten Lebensjahre starben 99 Kinder, darunter an Mägen- und Darmkrankheit sowie Wechtruchfall 66. Die Stüplingssterblichkeit übertrifft damit den Vormonat um 19 Fälle, weilt aber im Verhältnis zum Monat Juli 1909 einen kleinen Rückgang auf (3 Fälle weniger). Vom 1. Juli todbodnen sind wieder am härtesten vertreten Tuberkulose in 18 Fällen, Lungenerkrankung in 15, Rären in 23 Fällen. Neben 4 Selbstmorden waren 8 todbodnen durch Verunglückungen zu verzeichnen.

Die Wanderungsbewegung ergab 2850 Zugeogene und 2485 Fortgezogene, mitteln ein Wanderungsgewinn von 415 Personen gegenüber einem Verlust von 745 Personen im Vormonat. Der Fremdenverkehr hat gegenüber dem Vormonat mit dem Beginn der Ferien und dem Einsetzen der Hauptreisezeit um 1261 Personen zugenommen. Es lodierten in hiesigen Bahnhöfen insgesamt 11 808 Personen. Der Nachschub ist wieder am härtesten vertreten Tuberkulose in 18 Fällen, Lungenerkrankung in 15, Rären in 23 Fällen. Neben 4 Selbstmorden waren 8 todbodnen durch Verunglückungen zu verzeichnen.

Der Grundstücksmarkt war ebenso wie im Vormonat wenig belebt. Es wurden 15 bebante Grundstücke im Gesamtwerte von 837 600 M. verkauft. An unbewobnen Grundstücken gingen 11 im Gesamtwert von 194 214 M. in andere Hände über. Neubauten wurden fertiggestellt 13, davon 7 Wohngebäude mit insgesamt 47 Wohnungen. Im Vormonat waren es 23 Neubauten mit 19 Wohngebäuden und 185 Wohnungen. Bei der Vermittlungstätigkeit der Arbeitssachstoffe macht sich die Knappheit des von der Romme unterzählten Arbeitsnachweises des Rertrahl für Rären auf das Geseh und Schowirtschaftsgewerbe geltend, insofern hier knoch die Anzahl der Arbeitsuchenden als auch die Zahl der offenen Stellen erheblich zugenommen hat. Die Zahl der besetzten Stellen belief sich auf 136 Stellen gegen 74 im Vormonat und 75 im Monat Juli 1909. Vernetunterstützung empfangen 6298 Personen mit 24 789 M. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres bedeutet das eine Zunahme von 1483 Personen mit 996 M. Unterstützung. Unter der Unterstützung waren 160 Personen am Schluß des Monats 900 Kinder. Für diese wurden aus Wohnungen, laufenden Zahlungen und Pfändungen 8402 M. vereinnahmt gegen 8400 M. im gleichen Monat des Vorjahres bei einem Verluste von 826 M. Die Rären- und Beschäftigtenstelle war von 256 Personen in Anspruch genommen. Die Städtische Stüplingsfürsorgestelle hatte 684 Konfultationen zu erledigen.

Das Städtische Nahrungsmitteleinzelverfassungsgesamt hat 283 Unterfuchungen vorgenommen, die zu 74 Verhandlungen führten. In der Milchfährer war sowohl in der bürgerlichen als auch in der Arbeiterklasse ein Rückgang gegen den Vormonat zu verzeichnen (164 i 174 bzw. 19 252 i 20 668). Aufträge und Schickungen auf dem hiesigen Schicks- und Viehhof haben gegenüber dem Vormonat zugenommen (409 i 888 bzw. 8127 i 738).

